

Mag. Gernot Blümel, MBA
Bundesminister für Finanzen

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.146.848

Wien, 23. April 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 5565/J vom 24. Februar 2021 der Abgeordneten Mag. Christian Ragger, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1., 2., 4. und 5.:

Erste informelle Gespräche mit der Europäischen Kommission (EK) haben bereits nach Übermittlung der Leitlinien durch die EK im Dezember 2020 begonnen. Seitdem besteht ein kontinuierlicher und intensiver Austausch über im Rahmen des Planes mögliche/geforderte Reformen und Investitionen.

Die Einbindung aller Ministerien und anderer Stakeholder hat offiziell am 26. Jänner mit dem Kick-Off zum Nationalen Reformprogramm begonnen, Termine mit den Ressorts fanden seitdem laufend statt. Die Frau Bundesministerin für EU und Verfassung hat die Koordinierung und Einbindung aller relevanten österreichischen Stellen übernommen.

Die Ressorts haben eine Vielzahl an Projektvorschlägen eingereicht. Die Prioritäten und damit die Parameter der Auswahl der Projekte ergeben sich aus den Anforderungen an die Pläne gemäß RRF-Verordnung und den Länderspezifischen Empfehlungen des Rates aus 2019 und 2020, welche den aus EU-Sicht dringendsten Reformbedarf in den einzelnen Mitgliedstaaten abbilden.

Ergänzend darf auch auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5153/J vom 25. Jänner 2021 verwiesen werden.

Zu 3. und 7.:

Am 13. April 2021 wurde ein Plan mit über 600 Seiten für den Europäischen Wiederaufbaufonds an die EK übermittelt. Bereits im Vorfeld wurden diese Inhalte intensiv mit den Verantwortlichen der EK abgestimmt und besprochen. Wir haben bereits sehr positive Signale aus Brüssel empfangen. Es kann davon ausgegangen werden, dass 3,5 Mrd. Euro in Projekte in Österreich fließen werden – davon 46 % in Klimaschutzmaßnahmen und 41 % in digitale Investitionen. Damit stellt die Bundesregierung sicher, dass wir die EU-Vorgaben bei Weitem übertreffen (37 % für Klimaschutz, 20 % für digitale Investitionen).

Zu 6.:

Diesbezügliche Informationen fallen in den Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Ressorts und können daher seitens des BMF nicht übermittelt werden.

Der Bundesminister:

Mag. Gernot Blümel, MBA

Elektronisch gefertigt

